

Zeitschrift: Freidenker [1956-2007]
Herausgeber: Freidenker-Vereinigung der Schweiz
Band: 53 (1970)
Heft: 7

Artikel: Kultur und Kommerz
Autor: Gyssling, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-411834>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Freidenker

Monatsschrift der Freigeistigen Vereinigung der Schweiz

Nr. 7 53. Jahrgang

Aarau, Juli 1970

Sie lesen in dieser Nummer ...

Kirchlicher Konzentrationsprozess
 Humanität im 5. Mosebuch
 Berner Kirche im Zwielight
 Das Zölibat – der Stein des Anstosses
 Du sollst nicht falsches Zeugnis
 reden ...

Kultur und Kommerz

Seit einiger Zeit spielen in der öffentlichen Diskussion unseres Landes kulturpolitische Fragen eine immer grössere Rolle. Immer breitere Kreise gelangen zu der Einsicht, dass unser kantonaler und kommunaler Föderalismus bei all seinen Vorteilen auf kulturellem Gebiet doch auch schwerwiegende Nachteile mit sich bringt und zu einer kulturellen Verengung und Verarmung sowie zu einer Verzettelung der Kräfte führt. Die Forderung nach einer Vereinheitlichung unseres Schulwesens – Gleichheit der Schuldauer, des Schuljahresbeginns, der Ferientermine, der Lehrpläne und Lehrbücher – wird schon seit längerem von den Kreisen erhoben, die wissen, in welchem Ausmass heute ein guter allgemeiner und beruflicher Ausbildungsstand unserer Jugend Grundlage unseres Wohlstandes ist. An die Reform der Hochschulen wird jetzt nur zögernd herangegangen, und was davon bis jetzt herausgekommen ist, sieht bedenklich nach faulen Halbheiten aus. Vor kurzem sind nun auch die Vertreter der grösseren Schweizer Städte zusammengekommen, um über den Kulturaustausch untereinander zu beraten, nachdem der Austausch von einzelnen Theatervorstellungen zwischen den vier grössten Schweizer Städten teilweise und in recht bescheidenem Umfang bereits seit einiger Zeit funktioniert. Viel hat diese Besprechung allerdings noch nicht ergeben, der Druck der Öffentlichkeit auf die diversen Stadtväter wird sich noch verstärken müssen, bevor hier endlich Wesentliches geschieht. Unser Land ist zu klein, als dass wir uns kantonale und kommunale Kirchturnpolitik im kulturellen Sektor

leisten können, wenn wir nicht in ein bis zwei Jahrzehnten in einen peinlichen Entwicklungsrückstand geraten sollen.

In der Verzettelung der Kräfte liegt aber bei uns nicht das einzige Hindernis einer grosszügigen Kulturpolitik. Es könnte bei einigem guten Willen überwunden werden, auch ohne dass dem Bund verfassungsrechtlich erhöhte Kompetenzen gegeben werden. Auf dem Weg freiwilliger Konkordate unter den Kantonen und Gemeinden liesse sich schon ein gutes Stück vorwärts kommen. Das wird allerdings erschwert durch einen weiteren für die Schweiz spezifischen Umstand: die geringe sachliche Kompetenz unserer verantwortlichen Politiker in kulturellen Fragen. Von Kunst, Musik, Literatur etwas zu verstehen, sich auf einem dieser Gebiete etwa gar selbst zu betätigen, gilt bei uns als schlechter Ausweis für einen Kandidaten, der ein höheres Behördenamt anstrebt. In andern Ländern ist das ganz anders. Dänemarks König ist Orchesterleiter und Komponist, Clémenceau war Lustspieldichter, Anthony Eden begann seine Karriere in der Öffentlichkeit als Uebersetzer neuerer französischer Lyrik, an höchst verantwortlichen Posten im französischen Aussenministerium und in der französischen Diplomatie treffen wir auf Männer wie Giraudoux, Paul Claudel und den Nobelpreisträger St. John Perse, von der grossen Zahl der markanten Literaten im politischen Apparat der Ostländer ganz zu schweigen. Selbst Mao Tse-tung und Ho-Chi-Minh schrieben Gedichte. Bei uns aber ist der Horizont unserer Staatsmänner von Paragraphen

Anzeige

Anfang Juli erscheint die neue Nummer unserer Vierteljahreszeitschrift

«Ratio Humana»

die neben Artikeln von Dr. Hans Titze, Robert Mächler, Leserbriefen eine grundsätzliche Studie zum Problem der Ausrichtung unserer Bewegung bringt.

Bezug durch die Geschäftsstelle der FVS, Frau A. Cadisch, Langgrütstrasse 29, 8047 Zürich, oder durch W. Gyssling, Hofackerstr. 22, 8032 Zürich.

und Wirtschaftsstatistiken eingezäunt. Das zeigt sich bei vielen Anlässen der offiziellen Kulturpolitik, z. B. bei den Subventionen, die «Pro Helvetia» vergibt, bei Preis- und Auftragsvergaben, die uns nicht immer an die rechte Stelle zu gelangen scheinen, weil eben den entscheidenden Persönlichkeiten der Sachverstand mangelt und sie daher auf Berater hören, die irgendwelche Titel und Würden ihr eigen nennen, ohne dass dies immer durch entsprechende Leistungen gerechtfertigt wäre. Wenn wir im folgenden trotzdem für eine Ausweitung und Verstärkung des staatlichen Einflusses auf dem kulturellen Sektor plädieren, so sind wir uns des Einwands bewusst, dass gerade die Inkompetenz führender Politiker dann zu Fehlentscheidungen führen kann, die bei den bestehenden Umständen vermieden bleiben. Und doch erscheint uns das als das kleinere Uebel, gemessen an dem dritten grossen Hemmnis einer gesunden kulturellen Entfaltung, das nun freilich nicht

eigentlich schweizerisch ist, sondern das wir mit vielen Ländern teilen.

Es ist dies die zunehmende Kommerzialisierung kultureller Aktivitäten. Die Prinzipien, auf denen die Wirtschaft der westlichen Länder aufgebaut ist, Privatbesitz an den Produktionsmitteln, Privatinitiative und Trachten nach maximaler Profiterzielung haben sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr auch im kulturellen Bereich zur Geltung gebracht. Und dort höchst unerfreuliche Blüten getrieben. Was etwa auf dem Gebiet der privaten beruflichen Weiterbildungsschulen für Erwachsene geschieht, hat erst kürzlich zu öffentlichen Warnungen vor gewissen Unternehmen geführt. Im Kunsthandel, im Musik- und Theaterbetrieb werden von fixen Impresarios künstlich Stars «aufgebaut», an denen dann später kräftig verdient werden soll. Nun wollen wir hier keineswegs zu einer allgemeinen Philippika gegen das Profitdenken ausholen, obwohl uns die darauf beruhende Gesellschaftsordnung grundsätzlich zuwider ist. Doch das ist die persönliche Meinung des Autors. Es kann aber nicht Aufgabe dieser Blätter sein, in den Meinungsstreit zwischen kapitalistischen und sozialistischen Meinungen einzugreifen. Die freigeistige Bewegung umfasst Menschen, die sowohl dem einen wie dem anderen anhängen. Und es kommt ihr nicht zu, im Streit der Anschauungen über die Wirtschaftsstruktur Stellung zu nehmen. Aber bei kulturpolitischen Problemen haben wir durchaus etwas mitzureden und wollen dies auch tun. Dass auf kulturellem Gebiet andere Wertungen gelten müssen als in der Wirtschaft, das könnten vielleicht sogar die Anhänger des kapitalistischen Systems einsehen, zumal sie ja in ihrem Bereich auch nach ökonomischen und nicht etwa nach ästhetischen Prinzipien entscheiden. Kein Personalchef einer Textilfirma würde Arbeiterinnen deshalb einstellen, weil sie eine schöne und gepflegte Sopranstimme mitbringen. Er wird vielmehr auf gute fachliche Vorbildung, Geschicklichkeit, Fleiss und die Fähigkeit zur Einfügung in eine Arbeitsorganisation Wert legen. Und er tut recht damit. Denn ein wirtschaftliches Unternehmen muss Ertrag bringen, ganz unabhängig davon, wem dieser zugute kommt. Aber ebenso wenig ist für das Renditedenken im kulturellen Sektor Platz. Und wo es sich heute dort austobt, sind die Ergebnisse unerfreulich genug. Hier haben andere Wertungen zu gelten. Ihre Durchset-

zung wirft nun die Frage nach den Kommandostellen im kulturellen Sektor auf. Kann er noch Privatpersonen überlassen werden oder ist zu seiner Sanierung erforderlich, ihn der öffentlichen Leitung und Kontrolle zu unterstellen. Schliesslich haben Staat und Gesellschaft im Gang der Zeiten auch andere Sektoren des gesellschaftlichen Lebens an sich gezogen, die ursprünglich Privaten überlassen waren, weil die Entwicklung ergeben hat, dass sie in den Händen öffentlicher, der demokratischen Kontrolle unterworfenen Körperschaften besser aufgehoben sind. Das Verkehrs- und Kommunikationswesen, die Gesundheitsdienste sind heute schon weitgehend oder ganz in der Hand der Öffentlichkeit, und auch die entschiedensten Anhänger des Privatkapitalismus haben sich damit abgefunden. Auf dem kulturellen Sektor haben Staat und Gemeinden schon heute das Schulwesen weitgehend in der Hand, und auf manch anderen Gebieten könnten sie sich dank der von ihnen vergebenen Subventionen an Theater und andere Kunstinstitute mit einer Frontstellung gegen die Kommerzialisierung durchsetzen. Wir wollen damit nicht einem restlos verstaatlichten Kulturbetrieb das Wort reden, für den es in unserer Gegenwart ja auch manch abschreckendes Beispiel gibt, obwohl in den in diesem Zusammenhang nicht immer mit Recht genannten Ostländern gerade auf kulturellem Gebiet viele hervorragende und beispiel-

gebende Leistungen zu verzeichnen sind. Wir wollen nur die Ausschaltung des Renditedenkens aus der Kulturarbeit. Denn es bedroht die Freiheit des Künstlers, des Wissenschaftlers, des Lehrers nicht weniger als die Führung durch den Staat. Es hindert ihn oft genug, das zu tun und zu schaffen, was er für gut, schön, richtig hält, und zwingt ihn, einfach das zu liefern, was sich gut verkaufen lässt. Spielt er dabei nicht mit, so kann er am Hungertuch nagen.

Staatliche Führung und die unerlässliche Freiheit des Kulturschaffenden werden sich leichter vereinen lassen, wenn das Renditedenken aus dem kulturellen Sektor der Gesellschaft verbannt wird. Der hemmende Konservatismus kirchlicher Kreise, der lange Zeit dem kulturellen Fortschritt entgegenwirkte, wird in unseren Tagen erfreulicherweise immer einflussloser. Die Kirchen als Kulturmacht haben sich überlebt, sie stehen geistig in einer Krise, und nur ihre enge Verbindung mit dem Staat und ihr grosses gespeichertes Vermögen schützen sie vor dem völligen Zerfall. Wenn es nun gelingt, das kulturelle Leben auch vom Renditedenken zu befreien, dann dürfen wir auf eine kulturelle Entwicklung unseres Landes hoffen, die den gesellschaftlichen Notwendigkeiten der kommenden Jahrzehnte mit ihrer vermutlich für alle wachsenden Freizeit entsprechen kann.

Walter Gyssling

Kirchlicher Konzentrationsprozess

In der Industrie ist es heutzutage häufig, dass sich verschiedene Betriebe desselben Zweiges zusammenschliessen, um durch Kostensenkung konkurrenzfähig zu bleiben und um nicht von ausländischen Grossunternehmen aufgekauft zu werden. Beispiele dazu liefern die Fusionen in der Chemie-, Uhren- und Maschinenbranche. Was die christliche Kirche betrifft, so kann in ihrer Geschichte genau das Gegenteil festgestellt werden; denken wir nur an das um 1054 vollendete griechische Schisma, die Reformation, die Abspaltung der Altkatholiken von der römischen Kirche um 1870/71 und die Zersplitterung des Protestantismus in zahlreiche Freikirchen und Sekten aller Art. In den Vereinigten Staaten von Amerika, dem klassischen Land der Industriegiganten und Konzerne, wird nun

laut einer Meldung der Freidenker Monatschrift «TRUTH SEEKER» vom April 1970 der Zusammenschluss von 25 Millionen Christen aus 75 000 Pfarrgemeinden und 10 verschiedenen Kirchen geplant. Das Fusionsprojekt wurde von einem Komitee in 10jähriger Arbeit vorbereitet und soll angeblich einen Drittel aller amerikanischen Christen umfassen. «Church of Christ Uniting» (Vereinigende Kirche Christi) soll die neue Gemeinschaft heissen und ein erster Schritt zur Vereinigung aller christlichen Sekten sein. Der Zusammenschluss muss allerdings vorher von den einzelnen Kirchen genehmigt werden, nämlich den Vereinigten Methodisten, der Episkopalkirche, den Vereinigten Presbyterianern, der Vereinigten Christuskirche, der Afrikanischen Methodistischen Episkopalkir-